

- | | | |
|----|--|---------------|
| 12 | Tempo 30 in der Röntgenstraße sichtbar machen
SPD-Fraktion | 1521/5 |
| 13 | Kantstraße weiter entwickeln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1526/5 |
| 14 | Pop-Up-Radwege - Erst ein Konzept, dann die Gremien
CDU-Fraktion | 1573/5 |
| 15 | Einbahnstraße sichtbar machen
CDU-Fraktion | 1574/5 |
| 16 | Außengastronomie ausweiten – Stadtraum nach Corona neu
denken
Fraktion DIE LINKE <i>(VT m., BüDi ffd.)</i> | 1582/5 |
| 17 | Havelchaussee zur sicheren Fahrradstraße umwandeln
Fraktion DIE LINKE | 1583/5 |
| 18 | Pilotprojekt Trixi-Spiegel
AfD-Fraktion | 1584/5 |
| 19 | Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung | |
| 20 | Verschiedenes | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Saßen
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Heyne/Recke

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0871/5****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
20.09.2018	BVV	BVV-023/5 überwiesen
19.06.2019	Stad	Stad-059/5vertagt
07.08.2019	Stad	Stad-060/5vertagt
04.09.2019	Stad	Stad-063/5vertagt
18.09.2019	Stad	Stad-064/5vertagt
19.02.2020	Stad	Stad-075/5vertagt
04.03.2020	Stad	Stad-076/5vertagt
30.06.2020	Stad	Stad-082/5mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
	VT	
	BVV	

Autobahn A 100 überbauen

Der Ausschuss für Stadtentwicklung
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass durch eine Machbarkeitsstudie geprüft wird, wie eine Deckelung der A 100 im Bezirksgebiet von Charlottenburg-Wilmersdorf realisiert und finanziert werden kann. Der Bund und die Deutsche Bahn AG sind in diese Planungen einzubeziehen, da die Zuständigkeit für die Stadtautobahn beim Bund und die parallel verlaufenden Gleise des mittleren Rings bei der Deutschen Bahn AG liegen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1415/5**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Ausreichend Fahrradbügel bereitstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, an sämtlichen öffentlichen Sportstätten, Schulsportanlagen und Anlagen der Objektart Spielplätze (z.B. Bolzplätze) zu überprüfen, ob ausreichend Fahrradbügel vorhanden sind. Im Bedarfsfall sollen fehlende Bügel montiert werden.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Begründung:

Durch das Fehlen von ausreichend geeigneten Abstellmöglichkeiten werden die Fahrräder oft in ungeeigneten Bereichen abgestellt. Dies führt zu Behinderungen Dritter, Beschädigungen an Rad und Abstellfläche sowie einem erhöhten Diebstahlrisiko für die Fahrräder.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1419/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Fahrrad Zu- und Abwege verbessern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Zu- und Abwege von der Schlossbrücke zum Bonhoefferufer und zum Charlottenburger Ufer für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen sicher zu gestalten.

Der BVV ist bis zum 30.04.2020 zu berichten.

Begründung:

Die Schlossbrücke wurde in den letzten Monaten gänzlich erneuert. Dies ist ein guter Zeitpunkt, auch die Zu- und Abwege für Fahrradfahrer*innen zu verbessern. Derzeit müssen Fahrradfahrer*innen den Umweg über die Straße nehmen, um direkt auf die Uferwege zu gelangen. Hier muss eine sinnvollere Zu- und Abwegesituation geschaffen werden, damit die Fußgänger*innen vor wilden Fahrradfahrer*innen geschützt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch/Asbeck

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1466/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Tempo-30-Zonen zur Luftreinhaltung auflösen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die mit der Begründung der Luftreinhaltung eingerichteten Tempo-30-Zone in Charlottenburg zwischen Savigny-Platz und Amtsgerichtsplatz wegen Ineffizienz schnellstmöglich aufgelöst und keine neuen initiiert werden.

Der BVV ist bis zum 31.5.2020 zu berichten.

Begründung:

Aus einer in den Medien veröffentlichten internen Auswertung zum Pilotversuch zur Reduzierung von Schadstoffen geht hervor, dass die Einrichtung einer Tempo-30-Zone kaum eine Reduzierung an Schadstoffen ergeben hat. Selbst die marginale Verringerung ist fragwürdig, weil viele Autofahrer wegen der gängelnden Geschwindigkeitsbegrenzung alternative Routen nutzen und insgesamt mehr Schadstoffe verursachen – nur halt nicht im von der Tempo-30-Zone betroffenen Streckenabschnitt.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/charlottenburg-wilmersdorf/article228073023/Tempo-30-in-Berlin-senkt-Schadstoffausstoss-kaum.html>

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose / Mattern

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1492/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Straßenüberquerung im Bereich der Breite Straße zwischen Cuno- und Berkaer Str.

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zu prüfen, wie die Verkehrssicherheit für Fußgänger, die die Breite Straße im Bereich der dortigen Geschäftszeilen überqueren wollen, verbessert werden kann. Die bereits vorhandene Fußgängerfurt ist dabei für den fließenden Verkehr optisch und soweit möglich auch baulich kenntlicher zu machen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2020 zu berichten.

Begründung:

Nicht erst seit einem schweren Verkehrsunfall am 06.03.2020 ist das Überqueren der Breite Straße im Bereich zwischen Cuno- und Berkaer Straße für Fußgänger nicht gefahrfrei möglich. Zwar gibt es etwa auf der Mitte zwischen beiden Kreuzungsbereichen eine Fußgängerfurt mit entsprechenden Gehwegvorstreckungen, diese sind aber schlecht erkennbar. Darüber hinaus bietet der schmale Aufenthaltsbereich auf dem Mittelstreifen für Fußgänger eine sehr kleine Schutzzone.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1498/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kiezblocks für Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen und Verbänden *in einem partizipativen Verfahren zu prüfen*, wo und wie Kiezblocks in Charlottenburg-Wilmersdorf umgesetzt werden können, um den Durchgangsverkehr zu unterbinden.

Der BVV ist bis zum 30.09.2020 zu berichten.

Begründung:

Kiezblocks sind Strukturen, innerhalb derer der motorisierte Durchgangsverkehr nicht mehr möglich ist, während Radfahrende und zu Fuß Gehende diese Gebiete durchqueren können. Letzteres kann mit Modalfiltern und Diagonalsperren erreicht werden. In Barcelona und London werden ähnliche Konzepte mit Superblocks oder Hollands umgesetzt. In Berlin gibt es Vorschläge von lokalen Initiativen und Changing Cities, dies als Kiezblocks umzusetzen. Alternativ kann das Bezirksamt ein entsprechendes durch Verbände und Initiativen getragenes und organisiertes Verfahren unterstützen und sich daran beteiligen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke / Heyne / Tschörtner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1501/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Karl-August-Platz kurzfristig entlasten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, als kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Karl-August-Platz die Krummestraße zwischen Bismarckstraße und Kantstraße als Einbahnstraße auszuweisen. Die Einfahrt soll möglichst nur aus Richtung der Bismarckstraße möglich sein, sodass der von der Kantstraße kommende Durchgangsverkehr unterbunden wird und zeitgleich die Anrainer den Kiez weiter nutzen können.

Weiter soll geprüft werden, wie samstags zu Marktzeiten der Verkehr gänzlich umgeleitet werden kann, sodass eine Zu- und Abfahrt nur noch für Anrainer und Markthändler möglich ist.

Der BVV ist bis zum 31.07.2020 zu berichten.

Begründung:

Die BVV hat kürzlich unter Vorwegnahme der Diskussion am Karl-August-Platz umfangreiche Umbaumaßnahmen beschlossen (DS.: 1342/5), die jedoch teilweise langjährige Abstimmungsprozesse bedeuten. Um dem Kiez jedoch kurzfristig, insbesondere an Markttagen, zu helfen, braucht es schnelle Lösungen, die zumindest temporär die Verkehrsströme umleiten, ohne die Zufahrt zum Kiez komplett abzuschneiden. Hierfür kann die Anordnung einer Einbahnstraße ein erster Schritt sein.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke / Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1504/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mobilitätshub am S-Bahnhof Halensee schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zu prüfen, ob in der Nähe des S-Bahnhofs Halensee ein Mobilitätshub in Kombination mit einer (Quartiers-) Garage geschaffen werden kann. Durch die Kombination einer Park- und Umsteigemöglichkeit auf andere Mobilitätsträger am Tor zur City West sind Einfahrten in die Fläche innerhalb des inneren S-Bahnringes reduzierbar und führen somit zu einer Entlastung des Innenstadtbereiches von Verkehr und Immissionen.

Zudem wird das Bezirksamt aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz für den erneut diskutierten und angeregten Lückenschluss der U-Bahn Linie 1 vom Bahnhof Uhlandstraße bis zum S-Bahnhof Halensee über den U-Bahnhof Adenauerplatz einzusetzen und diesen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln voranzutreiben.

Begründung:

Um den Kurfürstendamm und die City West langfristig vom dichten motorisierten Individualverkehr zu entlasten, ist es erforderlich, attraktive Umsteigemöglichkeiten auf andere ggf. cityaffinere Mobilitätsträger zu schaffen. Die Kombination von Mobilitätshub und (Quartiers-) Garage bietet sich hierzu an, da Umsteiger vom motorisierten Individualverkehr animiert werden, den Verkehrsträger zu wechseln und ihr Fahrzeug sicher in einer (Quartiers-) Garage abzustellen. Außerhalb der Geschäftszeiten kann der Parkraumdruck in den angrenzenden Bereichen durch die Zurverfügungstellung der (Quartiers-) Garage als Parkmöglichkeit für Anwohner verringert werden.

Die geforderte Verkehrswende verlangt den bedarfsgerechten Wechsel der Mobilitätsträger innerhalb einer zurückzulegenden Strecke sowie einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV gerade in den hoch verdichteten Innenstadtbereichen. Die Bereitstellung von Stellplätzen außerhalb der Kernzone der City West mit gleichzeitiger Möglichkeit, den Mobilitätsträger für die letzte Strecke zu wechseln, kann einen

erheblichen Beitrag für die Reduzierung des PKW-Verkehrs in der Innenstadt nach sich ziehen.

Um den Kurfürstendamm langfristig vom dichten motorisierten Verkehr (ÖPNV und Individualverkehr) zu entlasten und dort eine erhöhte Aufenthaltsqualität zu ermöglichen, bietet sich die Verlängerung der U-Bahnlinie 1 an. Wie hinlänglich bekannt, ist der U-Bahntunnel in weiten Teilen bereits vorhanden und der U-Bahnhof Adenauerplatz im Rohbau bereits als Doppelstockbahnhof angelegt. Die geforderte Verkehrswende verlangt einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV gerade in den hoch verdichteten Innenstadtbereichen, zu welchen der Kurfürstendamm zweifelsohne zählt. Weiterhin ist starker Zielverkehr im Bereich des Kurfürstendamms festzustellen. Dieser Zielverkehr, welcher zwangsläufig Stellplätze nach sich zieht, kann durch gute ÖPNV-Angebote reduziert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1510/5**

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
BVV	

"Superblocks" für Anwohner*innen – mehr Barcelona wagen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, mögliche Gebiete für die Ausweisung von verkehrsberuhigenden „Superblocks“ zu benennen, diese zunächst mit Anwohner*innen in Vorortveranstaltungen zu diskutieren und im Anschluss unter Beteiligung der Stadtgesellschaft umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31.07.2020 zu berichten.

Begründung:

Aus Barcelona stammt das Konzept der „Superblocks“, wonach in zusammenhängenden Wohngebieten die Aufenthaltsqualität durch die Reduzierung des motorisierten Verkehrs und die Schaffung von Begegnungsräumen erhöht wird. Dazu wird der Durchgangsverkehr durch bauliche Maßnahmen wie Poller oder Baumscheiben und Sitzgruppen sowie Zufahrtsbeschränkungen zurückgedrängt. Die Zufahrt mit dem Auto ist dann nur noch für Anwohner*innen, den Lieferverkehr oder Einsatzkräfte möglich. Gleichzeitig wird so der Fußverkehr und der Umstieg auf alternative Fortbewegungsmöglichkeiten wie das Fahrrad gefördert.

Das Bezirksamt Pankow prüft bereits die Ausweisung zahlreicher Superblocks: <https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article228185183/Neue-Superblocks-Poller-fuer-freie-Strassen-in-halb-Pankow.html>.

Superblocks tragen dazu bei, Wohngebiete sicherer zu machen. Die Belastung der Anwohner*innen durch Lärm und Schadstoffe sinkt spürbar und damit wird ein Beitrag geleistet, die Vorgaben des bezirklichen Klimanotstands umzusetzen.

Durch die Ausweisung von Superblocks wird außerdem das soziale Miteinander im Bezirk gefördert: die Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs lässt Begegnungsräume entstehen, welche von der Stadtgesellschaft wieder in Besitz genommen und frei gestaltet werden können.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf /Dr. Buß/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1521/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV

Tempo 30 in der Röntgenstraße sichtbarer machen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert durch geeignete bauliche Veränderungen der Röntgenstraße (z.B. Kissen, Blumenkästen, Schwellen, Zick-Zack-Führung durch Neuordnung der Parkplätze) Tempo 30 auch durchzusetzen. Kurzfristig sollen Dialog-Displays temporär in der Nähe der Kinderläden aufgestellt werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Anwohner*innen beschwerten sich über häufig auftretende Geschwindigkeitsüberschreitungen und bitten um Abhilfe.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1526/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kantstraße weiter entwickeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten gemeinsam mit den zuständigen Stellen zu prüfen, wie die Kantstraße in der Form entwickelt werden kann, damit der Bus-, Rad- und Lieferverkehr dort gut stattfinden können. Das Ziel soll ein Konzept für die zukünftige Gestaltung der Kantstraße sein.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung

Nicht erst mit dem temporären Radstreifen hat die Diskussion um die Gestaltung der Kantstraße begonnen. Um dem Fahrrad wie dem Bus ausreichend Platz zu geben, schlagen Changing Cities vor, den motorisierten Individualverkehr aus der Kantstraße rauszunehmen. Diesen Ansatz wollen wir mit diesem Antrag aufgreifen und prüfen lassen, wie der motorisierte Individualverkehr aus der Kantstraße rausgehalten werden kann und zugleich der Lieferverkehr hier zukünftig gestaltet werden kann.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Mattern

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1573/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Pop-Up-Radwege - Erst ein Konzept, dann die Gremien

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, seine Nennung für weitere Pop-Up-Radwege umgehend zurückzuziehen und für die genannten Straßen jeweils ein Konzept zur Verbesserung der Verkehrssicherheit einzufordern. Vor der Umsetzung dieses Konzepts, sind die nach dem Mobilitätsgesetz vorgeschriebenen Gremien zu beteiligen. Eine Bürgerbeteiligung ist nicht nur künftig, sondern auch rückwirkend für die Kantstraße im Hinblick auf eine mögliche durch den Senat angekündigte dauerhafte Anordnung durchzuführen.

Der BVV ist bis zum 31. Juli 2020 zu berichten.

Begründung:
ggf. mündlich

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Sell

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1574/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Einbahnstraße sichtbar machen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt die Einbahnstraßensituation in der Sächsischen Straße zwischen Pommersche Straße und Hohenzollerndamm so sichtbar zu machen, dass die Autofahrer sofort erkennen, dass es sich um eine Einbahnstraße handelt. Hierzu sollen die Schilder erneuert werden, um die Situation dauerhaft zu entschärfen. Gegebenenfalls ist zusätzlich das Verkehrszeichen 600 anzubringen.

Der BVV ist bis zum 31. Juli 2020 zu berichten.

Begründung:
ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Juckel/Schenker

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1582/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Außengastronomie ausweiten – Stadtraum nach Corona neu denken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Gastronomiebetrieben im Jahr 2021 zusätzliche Flächen zur Ausweitung ihrer „Schankräume“ zur Verfügung zu stellen. Geh- und Fahrradwege sind hiervon auszunehmen. Das Bezirksamt prüft insbesondere die Voraussetzungen zur (temporären) Nutzung folgender Flächen:

- Kfz-Parkflächen – mit Ausnahme von Sonderparkplätzen – in unmittelbarer Nähe zum Gastronomiebetrieb - Fahrbahnflächen in Nebenstraßen, durch die der Außenbereich der ansässigen Gastronomie bspw. an Wochenenden erweitert werden kann. Das Bezirksamt erarbeitet Vorschläge für solche Standorte.

Das Bezirksamt prüft in einem Pilotprojekt, welche Standorte geeignet sind, um Stadtmöbel (sog. „Parklets“) zu errichten, um diese temporär für gastronomische Zwecke zu nutzen und perspektivisch als nicht-kommerzielle Aufenthaltsorte der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Bei der Genehmigung zusätzlicher Nutzflächen für die Gastronomie sind insbesondere folgende Vorgaben zu beachten:

- Die Regelungen gelten vorläufig für das Jahr 2021.
- Die Gastronomiebetriebe gewährleisten die Einhaltung der aktuell geltenden Hygiene- und Abstandsregelungen und erfüllen Auflagen für die sichere Nutzung der Außenbereiche im Straßenland.
- Die Barrierefreiheit ist zu gewährleisten.
- Die Verkehrssicherheit ist durch Schilder und Absperreinrichtungen zu gewährleisten.

Das Bezirksamt informiert u. a. auf seiner Internetseite sowie bei Betriebskontrollen über die zusätzlichen Nutzungsmöglichkeiten für Gastronomiebetriebe.

Der BVV ist bis zum 31.01.2021 zu berichten.

Begründung:

Nach den Corona-bedingten Einnahmeausfällen der Gastronomiebetriebe im Jahr 2020 sind Maßnahmen zu ergreifen, um auch im Folgejahr die Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen. Der Stadtraum bietet Möglichkeiten, ihn im Sinne aller Nutzer*innen (neu) zu gestalten und Flächen zumindest temporär jenen zur Verfügung zu stellen, die dazu beitragen, das Stadtbild lebenswerter zu machen. Darum bedarf es zusätzlicher Flächen. Die dauerhafte Umwidmung von Gehwegen und Fahrbahnen ist nicht geeignet, um Schankräume einzurichten, jedoch angrenzende Flächen wie Parkplätze. Diese sind entsprechend zu definieren und für den Publikumsverkehr zu sichern.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1583/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Havelchaussee zur sicheren Fahrradstraße umwandeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich in Absprache mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf gegenüber der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz dafür einzusetzen, dass die Havelchaussee auf den 7,8 Kilometern zwischen Postfenn und Kronprinzessinnenweg in eine Fahrradstraße umgewandelt wird. Dazu wird das Bezirksamt aufgefordert, sich im Vorfeld mit den Initiator*innen der Online-Petition "Macht die Havelchaussee zur Fahrradstraße!" abzustimmen um ihre Ideen entsprechend aufzunehmen und umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2020 zu berichten.

Begründung:

Die Havelchaussee ist eine der schönsten und beliebtesten Radstrecken in Berlin. Besonders am Wochenende kommt es auf der kurvenreichen und engen Strecke jedoch zu Konflikten zwischen Autofahrer*innen und Radfahrer*innen. Für Letztere ist die Route aufgrund des fehlenden Fahrradstreifens durch riskante Überholmanöver von Autofahrer*innen besonders gefährlich. Eine Sperrung der Route für den privaten Durchgangsverkehr würde durch die fast parallel laufende Avus ausgeglichen, die Busverbindung bleibt für Ausflügler*innen weiter bestehen und die wenigen Anlieger*innen sind von der Sperrung ausgenommen.

Die Unterstützung der Unterzeichner*innen der Petition durch das Bezirksamt wäre ein Zeichen der Wertschätzung des Engagements vieler Bürger*innen im Bezirk für mehr Sicherheit für Radfahrer*innen auf unseren Straßen. Gleichzeitig bietet sich hier die einmalige Chance, die Attraktivität des Grunewalds für Radfahrer*innen weiter zu steigern.

Zur Online-Petition:

https://www.change.org/p/verkehrssenatorin-regine-g%C3%BCnther-macht-die-havelchaussee-zur-fahrradstrasse?utm_source=share_petition&utm_medium=custom_url&recruited_by_id=0fb7a331-50be-4a51-a943-313f61d8e6ed

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Dr. Seyfert

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1584/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Pilotprojekt Trixi-Spiegel

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung ersucht das Bezirksamt, sich für ein Pilotprojekt zum Einsatz von Trixi-Spiegeln an unfallträchtigen Kreuzungen im Bezirk einzusetzen. Mit Trixi-Spiegeln wird der tote Winkel beim Abbiegen von großen Fahrzeugen reduziert und damit die Sicht auf Fußgänger und Radfahrer verbessert.

Der BVV ist bis zum 30.09.20 zu berichten

Begründung:

Trixi-Spiegel sind gewölbte Spiegel und erlauben ein erweitertes Sichtfeld. Trixi-Spiegel werden z.B. an einer Ampel oder neben einem Verkehrszeichen an Kreuzungen montiert, sodass der tote Winkel beim Abbiegen einsehbar wird.

Die Stadt München hat vor kurzem beschlossen im großen Stil Trixi-Spiegel anzuschaffen – 8.000 Stück für über 1.100 Kreuzungen.